Begründung

Der Rat der Stadt Bielefeld hat in seiner Sitzung am 25.03.2010 einen Eckdatenbeschluss zum Doppelhaushalt 2010/2011 und zum HSK 2010 – 2014 gefasst. Dieser Beschluss sieht vor, bis zum Jahre 2014 das strukturelle Defizit des städtischen Haushalts in Höhe von rd. 40 Mio. € bis zum Jahr 2014 nachhaltig auszugleichen. Mindestens 20 Mio. € sollen dabei auf der Aufwandsseite eingespart werden.

Nachfolgend werden die einzelnen Maßnahmen vorgestellt, ihr Einsparpotential im HSK-Zeitraum aufgezeigt und die den Einsparsummen zugrundeliegenden Berechnungen erläutert. Als Vergleichszahlen sind ebenfalls die jeweiligen Teil-/Produktansätze in Ertrag und Aufwand benannt.

Kategorie 1: in 2010 umsetzbare Maßnahmen

Der Finanz- und Personalausschuss hat in seiner Sitzung am 01.06.2010 die Verwaltung beauftragt, bis zu seiner nächsten Sitzung eine Beschlussvorlage vorzulegen, die die noch in diesem Jahr umsetzbaren Einsparmaßnahmen aus der Vorschlagsliste „Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der Verwaltung“ umfasst.

Hierunter fallen keine der von 500 vorgeschlagenen Maßnahmen.

Kategorie 2: in 2010 zu beschließende und vorzubereitende Maßnahmen

Darüber hinaus sind Maßnahmen zu beschließen, die eine Vorbereitung mit einem zeitlichen Vorlauf von ca. sechs Monaten benötigen. Diese Vorbereitungszeit ist zwingend notwendig, um den geplanten und finanziell kalkulierten Startzeitpunkt der Maßnahmen einhalten zu können.

Hierbei handelt es sich zum einen um Maßnahmen, die Verhandlungen und den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit ArbeitPlus und Freien Trägern erfordern bzw. die eine Weiterentwicklung des Vertrages mit der BGW zur Bewirtschaftung von Übergangwohnheimen und ggf. Kündigungen bestehender Vereinbarungen nach § 75 SGB XII (Ifd. Nr. 215, 232, 234, 235) notwendig machen.

Zum anderen handelt es sich um Maßnahmen, die als Investition den Einsatz von zusätzlichen Fachkräften erfordert, die befristet extern einzustellen sind. Das Auswahlverfahren ist bis Ende September 2010 abzuschließen, damit entsprechende Kräfte ggf. unter Wahrung eigener Kündigungsfristen auch am 01.01.2011 zur Verfügung stehen. Nur dann kann die Umsetzung dieser Maßnahme ebenfalls wie geplant zum 01.01.2011 beginnen und der kalkulierte finanzielle Effekt eintreten (Ifd. Nr. 217, 218, 221, 223).

Kategorie 3: weitere Maßnahmen zur Information

Zur vollständigen Information sind alle weiteren HSK-Maßnahmen in einem dritten Teil dargestellt und jeweils erläutert. Dies betrifft die laufenden Nummern 216, 219, 220, 222, 224 – 231, 233.

Zu den HSK-Maßnahmen Ifd. Nummern 225 – 228 „Einsparungen im Rahmen der Fluktuationsliste“ und der Nummer 236 „Einsparung der Personalkostensteigerungen bei den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen“ bedarf es keiner besonderen Abstimmung, weil hierzu jeweils Beschlüsse des Rates vorliegen. Die Maßnahmen sind insofern nachrichtlich aufgeführt.

Kategorie 2

HSK-Liste Lfd. Nr. 215	Produktgruppe: Grundsicherung für Arbeit	Produkt: Grundsicherung für Arbeitssuchende Kommunalen Anteil Teilprodukt: Kosten der Unterkunft Produktansatz 2009 Erträge: 20.590.474 € Aufwand: 81.064.860 €
--	--	---

Intensivierung flankierender Beratungsangebote für SGB II-Bezieherinnen und -Bezieher

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	0 €	225.000 €	225.000 €
2012	0 €	375.000 €	375.000 €
2013	0 €	525.000 €	525.000 €
2014	0 €	675.000 €	675.000 €

Diese Maßnahme zielt darauf ab, SGB II-Bezieherinnen und -Bezieher mit Vermittlungshemmnissen (Überschuldung, Suchtprobleme und psychosoziale Probleme) durch Bewältigung der Problemlagen kurzfristig wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Dies hat zur Folge, dass die kommunalen Transferleistungen, Kosten für Unterkunft und Heizung, entfallen.

Die Maßnahme sieht vor, dass sich die Schuldnerberatungsstellen ausschließlich in ihrer Beratungstätigkeit auf die unmittelbare Bewältigung von Überschuldung konzentrieren. Für allgemeine psychosoziale Beratungsbedarfe soll auf andere in Bielefeld vorhandene Beratungsangebote verwiesen werden. Hierdurch wird sichergestellt, dass mit gleichem Personal insgesamt mehr Klienten und Bezieher von SGB II-Leistungen zur Bewältigung ihrer Überschuldungsproblematik beraten werden können.

Für die psychosozialen und Suchtberatungsangebote ist sicherzustellen, dass mehr SGB II-Bezieher die Angebote nutzen.

Zur Erreichung dieses Zieles sind mit *Arbeitsplus* und den durch Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen geförderten Beratungsstellen konkrete Verabredungen zur Inanspruchnahme der Leistungen zu treffen.

Es wird davon ausgegangen, dass in dem Zeitraum 2011 bis 2014 ca. 150 Personen in Arbeit eingegliedert werden, für die dann die kommunale Transferleistung entfällt. Dabei ist von einer jährlichen Ersparnis von rund 4.416 € pro Fall auszugehen.

Kategorie 2

HSK-Liste Lfd. Nr. 217	Produktgruppe: Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	Produkt: Pflegebedürftige Menschen Teilprodukt: Pflege im häuslichen Bereich Teilproduktansatz 2009 Erträge: 47.642 € Aufwand: 6.554.960 €
--	---	---

Einsatz von Pflegefachkräften und Implementierung kommunaler Pflegebüros

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	210.000 €	610.000 €	400.000 €
2012	210.000 €	650.000 €	440.000 €
2013	210.000 €	650.000 €	440.000 €
2014	210.000 €	650.000 €	440.000 €

Bei dieser Maßnahme handelt es sich um einen Vorschlag der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) – entsprechend des Prüfberichtes im Jahr 2008. Durch den Einsatz von zwei Pflegefachkräften kann eine konsequente Hilfeplanung und pflegfachliche Bedarfsprüfung sichergestellt werden. Daneben soll in kommunalen Pflegebüros eine Beratung von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen unabhängig von möglichen Leistungsanbietern erfolgen, um die Passgenauigkeit der Hilfen zu steigern und eine Verbesserung der komplementären und pflegeergänzenden Leistungen zu erreichen. Damit soll das Ziel des Verbleibs der Pflegebedürftigen in der eigenen Häuslichkeit umgesetzt werden.

Zurzeit wird eine Bedarfserschätzung für Inhalt und Umfang der pflegerischen Leistungen im Regelfall durch Pflegedienste vorgenommen. Künftig sollen die Pflegeberatung und die Feststellung von Pflegebedürftigkeit durch qualifizierte Fachkräfte der Stadt Bielefeld quartiersbezogen erfolgen, um so auch den Erstkontakt im Wohnumfeld des Pflegebedürftigen sicherzustellen.

Durch die Errichtung dezentraler, kommunaler Pflegebüros (1,5 Fachkraftstellen) soll eine frühzeitige präventive Beratung pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen im Hinblick auf passgenaue Pflegearrangements erfolgen. Mit dieser Maßnahme soll auch erreicht werden, dass über eine frühzeitige Intervention und durch niedrigschwellige Hilfen der Zeitpunkt für die Inanspruchnahme von weiteren intensiven Hilfen verlagert wird. Damit soll dem gesetzlichen Grundsatz Rechnung getragen werden, der vorsieht, dass für den Fall der häuslichen Pflege der Träger der Sozialhilfe darauf hinwirken soll, dass die Pflege einschließlich der hauswirtschaftlichen Versorgung durch Personen, die dem Pflegebedürftigen nahe stehen, oder als Nachbarschaftshilfe übernommen wird (§ 63 Abs.1 S. 1 SGB XII).

Mit diesen Maßnahmen wird im Bereich der ambulanten und stationären Hilfen ein neuer Steuerungsansatz umgesetzt.

Bei der Ermittlung der Einsparungen wurde berücksichtigt, dass aufgrund des demographischen Wandels mit einem Fallzahlenanstieg zu rechnen ist. Weiterhin wurde berücksichtigt, dass die durchschnittlichen Fallkosten in den vergangenen Jahren gestiegen sind und auch weiterhin mit einem Anstieg zu rechnen ist. Dadurch sind weitere höhere durchschnittliche Fallkosten zu erwarten. Zusätzlich wurde in die Berechnung einbezogen, dass während der Anlaufphase der Maßnahme noch nicht der volle Einspareffekt erzielt werden kann.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren wird erwartet, dass durch den Einsatz von Pflegefachkräften und die Erstberatung über kommunale Pflegebüros der prognostizierte Fallzahlenanstieg um 30 %

gemindert werden kann und auch der Anstieg der durchschnittlichen Fallkosten abgeschwächt werden kann.

Es wird erwartet, dass sich die durchschnittlichen Fallkosten nach Implementierung der Maßnahmen unter Zugrundelegung von rd. 1000 Fällen um ca. 650 € pro Fall jährlich reduzieren.

Kategorie 2

HSK-Liste Lfd. Nr. 218	Produktgruppe: Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	Produkt: Pflegebedürftige Menschen Teilprodukt: Pflege im häuslichen Bereich Teilproduktansatz 2009 Erträge: 47.642 € Aufwand: 6.554.960 €

Optimierung sozialarbeiterischer Hilfen für pflegebedürftige Menschen

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	90.000 €	500.000 €	410.000 €
2012	90.000 €	500.000 €	410.000 €
2013	90.000 €	500.000 €	410.000 €
2014	90.000 €	500.000 €	410.000 €

Diese Maßnahme entspricht in Teilen einem Vorschlag der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) der darauf abzielt, den Verbleib der Pflegebedürftigen in der eigenen Häuslichkeit durch eine Verbesserung der komplementären und pflegeergänzenden Leistungen zu erreichen.

Derzeit wird die Feststellung des psychosozialen Hilfebedarfs der Hilfe zu Pflege („Andere Verrichtungen“) überwiegend durch die Leistungserbringer vorgenommen. Durch die Einrichtung von 1,5 zusätzlichen Stellen in der Sozialarbeit soll es ermöglicht werden, die Bedarfsfeststellung verstärkt kommunal wahrzunehmen. Hierdurch findet eine Entkopplung von Bedarfsfeststellung und Leistungserbringung statt; damit wird ein für alle Sozial- und Jugendhilfeleistungen prägender Grundsatz umgesetzt.

Mit diesen Maßnahmen wird im Bereich der ambulanten und stationären Hilfen ein neuer Steuerungsansatz umgesetzt.

Bei der Ermittlung der Einsparungen wurde berücksichtigt, dass aufgrund des demographischen Wandels mit einem Fallzahlenanstieg zu rechnen ist, der sich nicht nur linear, sondern sogar exponentiell weiterentwickeln wird. Weiterhin wurde berücksichtigt, dass die durchschnittlichen Fallkosten in den vergangenen Jahren gestiegen sind und auch weiterhin mit einem Anstieg zu rechnen ist. Dadurch sind weitere höhere durchschnittliche Fallkosten zu erwarten.

Es wird erwartet, dass sich die durchschnittlichen jährlichen Fallkosten unter Zugrundelegung von 1000 Fällen um ca. 500 € reduzieren.

Kategorie 2

HSK-Liste Lfd. Nr. 221	Produktgruppe: Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	Produkt: Menschen mit Behinderung/Erkrankung Teilprodukt: Hilfen bei Behinderung Teilproduktansatz 2009 Erträge: 143.040 € Aufwand: 5.055.000 €
--	---	--

Einrichtung einer Fachstelle Frühförderung im Sozialamt

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	120.000 €	120.000 €	0 €
2012	120.000 €	210.000 €	90.000 €
2013	120.000 €	310.000 €	190.000 €
2014	120.000 €	410.000 €	290.000 €

Die Fachstelle Frühförderung soll erste Anlaufstelle für Eltern mit behinderten Kindern sein.

Mit der Einrichtung einer Fachstelle Frühförderung werden Fach- und Finanzverantwortung in der Eingliederungshilfe (SGB XII) im Sozialamt zusammengeführt. Hierdurch soll erreicht werden, dass die Steuerungsverantwortung in fachlicher und finanzieller Hinsicht effektiver wahrgenommen wird. Pass- und zielgenaue Hilfen werden ermöglicht und der Kostenanstieg in diesem Bereich wird gebremst.

Bisher wird eine Bedarfseinschätzung für Inhalt und Umfang der heilpädagogischen Leistungen der Frühförderung im Regelfall durch die Anbieter vorgenommen. Künftig soll der Bedarf an heilpädagogischen Leistungen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachstelle Frühförderung festgestellt werden; hierzu gehört auch die Erstellung von Hilfeplänen. Sofern geboten, werden Kinder in niedrigschwellige Angebote vermittelt.

Darüber hinaus nimmt die Fachstelle eine Lotsenfunktion wahr und vermittelt ggf. in andere Hilfeangebote. Es ist eine enge Vernetzung mit der Jugendhilfe und anderen Akteuren (Frühförderstellen, SPZ, Kinderärzte, Tageseinrichtungen für Kinder) vorgesehen.

Die Fachstelle Frühförderung soll mit einer Heilpädagogenstelle und einer Psychologenstelle besetzt werden. Die dadurch entstehenden zusätzlichen Personalkosten sollen durch eine Begrenzung der Fallzahlen und der durchschnittlichen Falldauer kompensiert werden. Ab 2012 sind reale Einsparungen zu erwarten.

Derzeit ergeben sich jährliche Fallzahlzuwächse von ca. 18 %. Unter Berücksichtigung der jährlichen Fallzahl, der durchschnittlichen Fallkosten und des prognostizierten Fallzahlenanstiegs ergibt sich im ersten Jahr bei zugrunde gelegten 600 Fällen eine durchschnittliche jährliche Kostenersparnis von ca. 200 € pro Fall. Dabei wird berücksichtigt, dass im ersten Jahr der Tätigkeit der Fachstelle nur die Neufälle und einige wenige Wiederholungsfälle begutachtet werden können. Weitere Einsparungen ergeben sich sukzessive jeweils nach Ablauf der Bewilligungszeiträume.

Kategorie 2

HSK-Liste Lfd. Nr. 223	Produktgruppe: Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	Produkt: Menschen mit Behinderung/Erkrankung Teilprodukt: Pflegebedürftige Menschen in Einrichtungen Teilproduktansatz 2009 Erträge: 204.000 € Aufwand: 8.192.000 €
--	---	--

Intensivierung der Unterhaltsverfolgung der Fälle „Hilfe zur Pflege in Einrichtungen“

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Erträge	Netto-Erträge
2010	0 €	0 €	0 €
2011	30.000 €	85.000 €	55.000 €
2012	30.000 €	85.000 €	55.000 €
2013	30.000 €	85.000 €	55.000 €
2014	30.000 €	85.000 €	55.000 €

Bei dieser Maßnahme handelt es sich um einen Vorschlag der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) – entsprechend des Prüfberichtes im Jahr 2008. Es wird vorgeschlagen, die Intensität der Unterhaltsverfolgung zu steigern.

Regelmäßig wird bei der Gewährung von Transferleistungen im Rahmen der Hilfe zur Pflege geprüft, ob Unterhaltspflichtige zu Unterhaltszahlungen herangezogen werden können. Durch den Einsatz einer zusätzlichen halben Stelle und einer verstärkten Spezialisierung der Bearbeitung wird erwartet, dass Unterhaltsansprüche zeitnah realisiert werden können und damit die Intensität der Unterhaltsverfolgung gesteigert werden kann.

Kalkulatorisch wird im Mittel eine Mehreinnahme bei zugrunde gelegten 1000 Fällen in Höhe von 85 € pro Fall jährlich erwartet.

Kategorie 2

HSK-Liste Lfd. Nr. 232	Produktgruppe: Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	Produkte: 1) Pflegebedürftige Teilprodukt: Pflege im häuslichen Bereich Teilproduktansatz 2009 Erträge: 47.642 € Aufwand: 6.554.960 € 2) Menschen mit Behinderung/Erkrankung Teilprodukt: Hilfen bei Behinderung Teilproduktansatz 2009 Erträge: 143.040 € Aufwand: 5.055.000 €
--	---	--

Lineare Reduzierung der Entgeltsätze für die nach § 75 SGB XII abgeschlossenen Vereinbarungen im Bereich der Integrationshelfer, der Frühförderung, der familienunterstützenden Dienste, der anderen Verrichtungen etc

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	0 €	0 €	0 €
2012	0 €	20.000 €	20.000 €
2013	0 €	60.000 €	60.000 €
2014	0 €	80.000 €	80.000 €

Die Ausgaben der Sozialhilfe werden maßgeblich durch die Entgelte der Träger bestimmt. Die Maßnahme zielt darauf ab, die Ausgaben der Sozialhilfe sollen durch niedrigere Entgelte zu mindern.

Mit freien Trägern bestehen unterschiedliche Vereinbarungen über Entgelte für verschiedene soziale Dienstleistungen im Rahmen des § 75 SGB XII.

Durch Nachverhandlung dieser Entgeltvereinbarungen soll eine lineare Senkung der Entgelte im Bereich der Personalkosten erzielt werden. Dieses würde analog zur prognostizierten Entwicklung bzw. Einsparung bei den städtischen Personalkosten und bei den Personalkosten im Rahmen von Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (Ratsbeschluss zum Doppelhaushalt 2010/2011 und zum HSK 2010-2014, Drucksache 0676/2009-2014) angestrebt.

Bei der Berechnung der Einsparsummen handelt es sich um eine qualifizierte Schätzung unter Berücksichtigung der aktuellen Entgeltvereinbarungen und der geltenden Kündigungsfristen.

Kategorie 2

HSK-Liste Lfd. Nr. 234	Produktgruppe: Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	Produkt: Menschen mit Behinderung/Erkrankung Teilprodukt: Hilfen bei Behinderung Teilproduktansatz 2009 Erträge: 143.040 € Aufwand: 5.055.000 €
--	---	--

Integrationshelfer: Umstellung auf Poolbildung an Schulen

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	0 €	0 €	0 €
2012	0 €	0 €	0 €
2013	0 €	0 €	0 €
2014	0 €	80.000 €	80.000 €

Der Einsatz von Integrationshelferinnen und Intergrationshelfern für behinderte Schülerinnen und Schüler wird individuell für jedes behinderte Kind bewilligt. In den vergangenen Jahren ist die Anzahl der Kinder, die auf einen I-Helfer angewiesen sind, stark gestiegen.

An einigen Schulen, die schwerpunktmäßig von behinderten Schülerinnen und Schülern besucht werden, ist eine „Poolbildung“ von Integrationshelferinnen bzw. Integrationshelfern denkbar. Zukünftig findet nicht mehr eine personengebundene Zuordnung der I-Helferinnen und I-Helfer statt, sondern eine Zuordnung mehrerer I-Helfer und I-Helferinnen an Schulen (I-Helfer-Pool).

Zur Umsetzung der Maßnahme sind Verhandlungen mit den Schulen, dem Schulamt, anderen Kostenträgern aus umliegenden Kommunen und den Anbietern notwendig.

Durch die Synergien aus der Poolbildung wird eine Reduzierung der Kosten erwartet, deren Umfang qualifiziert geschätzt wurde.

Kategorie 2

HSK-Liste Lfd. Nr. 235	Produktgruppe: Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	Produkt: Menschen in besonderen Lebenslagen Teilprodukt: Hilfen bei Wohnungslosigkeit Teilproduktansätze 2009 Erträge: 276.600 € Aufwand: 1.233.000 €
--	---	--

Lineare Reduzierung bei Nachverhandlung des BGW-Vertrags (Standardreduzierung)

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	0 €	0 €	0 €
2012	0 €	0 €	0 €
2013	0 €	0 €	0 €
2014	0 €	40.000 €	40.000 €

Die BGW verwaltet für die Stadt Bielefeld sämtliche Übergangsheime für wohnungslose Personen. Die dafür von der BGW zu erbringenden Leistungen (Standards) und die entstehenden Kosten sind vertraglich vereinbart.

Unter dem Blickwinkel einer vertretbaren Standardreduzierung werden Nachverhandlungen mit der BGW mit dem Ziel einer Kürzung der Vertragssumme aufgenommen.

Kategorie 3

HSK-Liste Lfd. Nr. 216	Produktgruppe: Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes	Produkt: Sonstige Leistungen zum Lebensunterhalt Produktansatz 2009 Erträge: 0 € Aufwand: 26.715 €
--	---	--

Einstellung der Förderung zur Freimachung von unterbelegtem Wohnraum

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	0 €	26.715 €	26.715 €
2012	0 €	26.715 €	26.715 €
2013	0 €	26.715 €	26.715 €
2014	0 €	26.715 €	26.715 €

Die Förderung zielt darauf ab, eine angemessene Belegung der öffentlich geförderten Wohnungen sicherzustellen, indem Mieterinnen bzw. Mieter einer unterbelegten Sozialwohnung einen Zuschuss für den Umzug in eine ausreichend große Wohnung erhalten. Da sich die Lage am Wohnungsmarkt in den letzten Jahren entspannt hat und der Umzug in eine kleinere Wohnung nicht selten mit höheren Mietkosten verbunden ist, erfüllt das 1990 aufgelegte Anreizprogramm nicht mehr seinen Zweck. Dies wird auch dadurch untermauert, dass in den letzten Jahren eine Inanspruchnahme weitgehend unterblieb.

Kategorie 3

HSK-Liste Lfd. Nr. 219	Produktgruppe: Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	Produkt: Pflegebedürftige Menschen Teilprodukt: Pflege im häuslichen Bereich Teilproduktansatz 2009 Erträge: 47.642 € Aufwand: 6.554.960 €
--	---	---

Einführung eines qualifizierten Prüfungsverfahrens für Investitionskostenförderung ambulanter Pflegedienste

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	0 €	50.000 €	50.000 €
2012	0 €	50.000 €	50.000 €
2013	0 €	50.000 €	50.000 €
2014	0 €	50.000 €	50.000 €

Die ambulanten Pflegedienste erhalten eine kommunale Investitionskostenfinanzierung, die sich nach dem Umfang der nach dem SGB XI erbrachten Pflegeleistungen richtet. Hierzu werden jährlich von den Leistungserbringern Anträge gestellt. Die Prüfung der Anträge im Hinblick auf den Umfang der erbrachten Pflegeleistung erfolgte bisher stichprobenweise, da in der Regel ein Testat eines Wirtschaftsprüfers bzw. Steuerberaters vorliegt. Künftig wird ein Verfahren praktiziert, das eine weitergehende Prüfung der Anträge vorsieht.

Aus den Erfahrungen anderer Kommunen ist davon auszugehen, dass sich hier Einsparungen in der genannten Größenordnung ergeben können.

Kategorie 3

HSK-Liste Lfd. Nr. 220	Produktgruppe: Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	Produkt: Pflegebedürftige Menschen Teilprodukt: Pflege in Einrichtungen Teilproduktansatz 2009 Erträge: 1.648.347 € Aufwand: 8.192.000 €
--	---	---

Beteiligung an Pflegesatzverhandlungen des LWL mit den stationären Einrichtungen

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	0 €	70.000 €	70.000 €
2012	0 €	100.000 €	100.000 €
2013	0 €	100.000 €	100.000 €
2014	0 €	100.000 €	100.000 €

Bei dieser Maßnahme handelt es sich um einen Vorschlag der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) – entsprechend des Prüfberichtes im Jahr 2008. Es wird vorgeschlagen, dass sich die Stadt Bielefeld aktiv an den Pflegesatzverhandlungen beteiligt, um das vorhandenen Fachwissen einzubringen und die Möglichkeit einer Ergebnisverbesserung zu nutzen.

Die Kommunen im Bereich des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe (LWL) haben im Rahmen einer Mandatierung den LWL beauftragt, die Pflegesatzverhandlungen mit den Heimträgern für die Zielgruppe der pflegebedürftigen Menschen über 65 Jahren zu führen.

Es hat sich in anderen Kommunen gezeigt, dass durch eine kommunale Beteiligung an den Pflegesatzverhandlungen und durch das Einbringen von örtlichem Spezialwissen, Pflegeentgelte verringert werden bzw. ein Anstieg gemindert werden konnte. Aus diesem Grund soll künftig eine Beteiligung der Stadt Bielefeld an den Erstverhandlungen erfolgen.

Ausgehend von den Ergebnissen anderer Kommunen werden Einsparungen im oben dargestellten Rahmen erwartet.

Kategorie 3

HSK-Liste Lfd. Nr. 222	Produktgruppe: Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	Produkt: Menschen in besonderen Lebenslagen Teilprodukt: Leistungen nach SGB XII Teilproduktansatz 2009 Erträge: 5.000 € Aufwand: 279.579 €
--	---	--

Intensivierte Betreuung nichtsesshafter Personen in Unterkünften

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	0 €	100.000 €	100.000 €
2012	0 €	100.000 €	100.000 €
2013	0 €	100.000 €	100.000 €
2014	0 €	100.000 €	100.000 €

Durch eine optimierte Fallsteuerung und der Auswahl anderer Hilfearten werden stationäre Hilfen vermieden.

Bei der Kalkulation wird davon ausgegangen, dass 4 Fälle mit jährlichen Aufwendungen von rd. 25.000 € eingespart werden können.

Kategorie 3

HSK-Liste Lfd. Nr. 224	Produktgruppen: Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	Produkte: mehrere
--	---	-----------------------------

Reduzierung der Erstattungsfälle nach dem SGB XII an andere Kommunen

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	0 €	400.000 €	400.000 €
2012	0 €	400.000 €	400.000 €
2013	0 €	400.000 €	400.000 €
2014	0 €	400.000 €	400.000 €

Durch die Einführung des SGB II und SGB XII haben sich die Regelungen zur Kostenerstattung in Hinblick auf die Zielgruppe und die Tatbestände verändert. Zusätzlich sind Kostenerstattungsansprüche nach dem BSHG weiter zu befriedigen. Im Zeitablauf verringern sich diese Ansprüche.

Durch konsequente Prüfung der Erstattungsanmeldungen anderer Kommunen ist davon auszugehen, dass unter Berücksichtigung der vorstehenden gesetzlichen Regelungen Minderausgaben im o.g. Umfang entstehen werden.

Kategorie 3

HSK-Liste Lfd. Nr. 229	Produktgruppe: mehrere	Produkte: mehrere Kostenstellenansatz 2009 Aufwand: 1.417.363 €
---------------------------------------	----------------------------------	---

Reduzierung der Erstattungen an IBB

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	0 €	0 €	0 €
2012	0 €	0 €	0 €
2013	0 €	0 €	0 €
2014	0 €	50.000 €	50.000 €

Im Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – werden verschiedene EDV-Verfahren eingesetzt, die ständiger Anpassung und z. T. Weiterentwicklung bedürfen; die Kosten für Lizenzen und Programmpflege werden dem Informatikbetrieb Bielefeld (IBB) erstattet.

Durch partielle Umstellung auf kostengünstigere EDV-Verfahren soll unter Hinnahme von vertretbaren Standardabsenkungen für Nutzerinnen und Nutzer (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Empfänger von Auswertungsinformationen pp.) künftig eine nachhaltige Einsparung erzielt werden.

Bei der Berechnung der Einsparung sind derzeitige Angebote und Kostenvergleiche berücksichtigt worden.

Kategorie 3

HSK-Liste Lfd. Nr. 230	Produktgruppe: Grundsicherung für Arbeit	Produkt: Abrechnung der übertragenen Aufgaben der BA Produktansatz 2009 Erträge: 12.076.640 € Aufwand: 8.210.500 €
--	--	--

Einnahmen aus Bedarfsfeststellungen für Arbeitsplus

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Ertrag	Netto-Ertrag
2010	0 €	0 €	0 €
2011	0 €	0 €	0 €
2012	0 €	0 €	0 €
2013	0 €	0 €	0 €
2014	0 €	10.000 €	10.000 €

Arbeitsplus ist durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes – und voraussichtlich durch künftige gesetzliche Regelungen – dazu verpflichtet, individuelle Bedarfe i. R. einer Härtefallregelung anzuerkennen. Die hierzu erforderlichen Bedarfsfeststellungen sollen durch das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – gegen Zahlung einer Fallpauschale durchgeführt werden.

Die Berechnung der Erträge beruht auf einer qualifizierten Schätzung unter Berücksichtigung der z. Zt. bekannten Fallzahl und der voraussichtlichen Personalkostenanteile.

Kategorie 3

HSK-Liste Lfd. Nr. 231	Produktgruppe: Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	Produkt: Pflegebedürftige Teilprodukt: Pflege in Einrichtungen Teilproduktansatz 2009 noch keiner – neu ab 2014
--------------------------------------	---	---

Neuerlass einer Gebührenordnung im Rahmen der Tätigkeit der Heimaufsicht

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Ertrag	Netto-Ertrag
2010	0 €	0 €	0 €
2011	0 €	0 €	0 €
2012	0 €	0 €	0 €
2013	0 €	0 €	0 €
2014	0 €	20.000 €	20.000 €

Für Verwaltungshandlungen, insbesondere Prüfungen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz (WtG), können künftig Gebühren erhoben werden. Es handelt sich um neue zusätzliche Einnahmen.

Die Ermächtigung zur Gebührenerhebung ist im WtG in Verbindung mit der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung NRW verankert.

Die Berechnung basiert auf einer vorläufigen Schätzung unter Berücksichtigung des bekannten Gebührenrahmens.

Kategorie 3

HSK-Liste Lfd. Nr. 233	Produktgruppe: Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	Produkte: 1) Pflegebedürftige Teilprodukt: Pflege im häuslichen Bereich Teilproduktansatz 2009 Erträge: 47.642 € Aufwand: 6.554.960 € 2) Menschen mit Behinderung/Erkrankung Teilprodukt: Hilfen bei Behinderung Teilproduktansatz 2009 Erträge: 143.040 € Aufwand: 5.055.000 €
--	---	--

Prüfung der Zumutbarkeit anderer Versorgungsformen

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	0 €	0 €	0 €
2012	0 €	0 €	0 €
2013	0 €	0 €	0 €
2014	0 €	150.000 €	150.000 €

Diese Maßnahme entspricht in Teilen einem Vorschlag der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) der darauf abzielt, durch Optimierung der Angebotssteuerung die Weiterentwicklung und Inanspruchnahme alternativer ambulanter Wohn- und Pflegeangebote zu steigern.

Die Regelungen des SGB XII in § 13 sehen vor, dass die Hilfe zur Pflege grundsätzlich ambulant erbracht werden soll. Der Vorrang gilt nicht, wenn eine andere geeignete Versorgungsform zumutbar ist und die ambulante Leistung mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist. Diese Regelung wurde in Bielefeld zugunsten der Leistungsempfänger bisher weit interpretiert.

Künftig wird im Einzelfall geprüft, ob die Inanspruchnahme kostengünstigerer Versorgungsformen zumutbar ist. Voraussetzung ist, dass entsprechende Versorgungsformen (Wohngruppen bzw. teilstationäre und stationäre Angebote) ausreichend zur Verfügung stehen. Alternative kostengünstigere Angebotsformen haben sich verstärkt in den letzten Jahren in Bielefeld entwickelt.

Die Berechnung der Ersparnis basiert auf der Annahme, dass ab 2014 in ca. 50 Fällen eine Kostenreduzierung von rd. 3000 € pro Fall jährlich erreicht werden kann.

Kategorie 3
nachrichtlich:

HSK-Liste Lfd. Nr. 225 - 228	Produktgruppe: mehrere	Produkte: mehrere Ratsbeschluss zum Haushalt 2005 am 30.06.2005, Drucksachen-Nr. 1214/2004-2009
--	----------------------------------	---

Einsparungen im Rahmen der Fluktuationsliste

		2010	2011	2012 ff
225	Einsparung 75% Fluktuation, TL Ausgleichswesen	30.000 €	60.000 €	60.000 €
226	Einsparung 75% Fluktuation, SB Rückforderungen	0 €	45.000 €	60.000 €
227	Einsparung 75% Fluktuation, SB Rückforderungen	30.000 €	60.000 €	60.000 €
228	Einsparung 75% Fluktuation, SB Leistungskartei	36.000 €	36.000 €	36.000 €

Kategorie 3
nachrichtlich:

Lfd. Nr. 236	Produktgruppe: Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	Produkt: mehrere Eckdatenbeschluss des Rates vom 25.03.2010 zum Doppelhaushalt 2010/2011 und zum HSK 2010-2014, Drucksachen-Nr. 0676/2009-2014
------------------------	---	---

**Einsparung der Personalkostensteigerungen bei den Leistungs- und
Finanzierungsvereinbarungen**

Berechnung:

Jahr	Investition	Brutto-Einsparung	Netto-Einsparung
2010	0 €	0 €	0 €
2011	0 €	68.736 €	68.736 €
2012	0 €	138.520 €	138.520 €
2013	0 €	209.700 €	209.700 €
2014	0 €	282.300 €	282.300 €

Die vom Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - zu bearbeitenden Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen umfassen ca. 3,4 Mio. € Personalkosten; der Großteil dieser Kosten würde einer tariflichen Steigerung unterliegen. Der vorstehenden Berechnung liegt eine angenommene tarifliche Steigerung für die Jahre 2010 und 2011 von insgesamt 2,1% und in den Jahren 2012 bis 2014 von jeweils 1,5 % zugrunde.

Die zugrunde gelegte tarifliche Steigerung von 2,1 % in den Jahren 2010 und 2011 entspricht der geplanten Personalkostensteigerung bei der Stadt Bielefeld. Ab 2012 kalkuliert die Stadt Bielefeld einen geringeren Anstieg der Personalkosten.